

Momentum 2020: Republik - Track #5: Wohlfahrtsstaat: Vermögen der Republik

Abstract: Was ist uns der österreichische Sozialstaat wert?

Einstellungen zu sozialstaatlichen Leistungen und ihrer Finanzierung in Österreich

Romana Brait, Julia Hofmann, Thomas Mayer

Im Fokus dieser Arbeit steht die Frage der Einstellungen unterschiedlicher sozialer Gruppen zum österreichischen Sozialstaat. In Anlehnung an die 2017 von Frank Bandau et al. in Deutschland durchgeführte Untersuchung „Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert?“ wurden in Österreich vorherrschende Meinungen zum Erhalt bzw. Ausbau sozialstaatlicher Leistungen sowie unterschiedliche Varianten der sozialstaatlichen Finanzierung in einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage (CATI und Onlinebefragung, n=1000) abgefragt. Ziel war es, in annähernd vergleichbarer Weise zur Befragung von Bandau et al. die Einstellungen der unterschiedlichen Gruppen (Alter, Einkommen, Erwerbsstatus, Geschlecht, Wahlverhalten, etc.) zum Sozialstaat und seiner Finanzierung zu analysieren.

Erste Ergebnisse

Die Studie zeigt, dass die allgemeine Stimmung gegenüber dem Sozialstaat in der Bevölkerung sehr positiv ist. Bürger und Bürgerinnen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Erwerbsstatus, sind im Allgemeinen Fans von den Leistungen, die die öffentliche Hand für sie bereitstellt. In Österreich wünschen sich sogar fast 90% der Befragten eine Ausweitung des Sozialstaates in Richtung eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates wie in den nordischen Ländern. Der Staat solle großzügige, durch Steuern finanzierte Leistungen in allen sozialen Bereichen bereitstellen, und zwar für alle StaatsbürgerInnen. Ein konservatives Wohlfahrtsmodell, wie es in Österreich derzeit Fall ist, ist mit knapp 70% erst die zweite Wahl der Befragten. Besonders junge Menschen sprechen sich für diese Ausweitung des Sozialstaats aus.

Dementsprechend besteht nach Ansicht der Befragten in einigen Bereichen auch Verbesserungsbedarf. Besonders mangelt es den Österreichern und Österreicherinnen an Leistungen im Bildungsbereich und der Kinderbetreuung. 74% der Befragten wünschen sich mehr Finanzierung im Bildungssektor und 63% sind für einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Das ist gut verständlich. Selbst das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz ist der Ansicht, dass es mehr Investitionen in frühkindliche Betreuung und schulische Bildung braucht, um Aufstiegsmöglichkeiten für junge Menschen zu verbessern. Die Zustimmung zu mehr Leistungen in der Pflege ist mit 72% auch sehr hoch. Insbesondere Frauen in Städten, die einer Teilzeittätigkeit nachgehen, um Angehörige zu pflegen, sind besonders für den Ausbau von Pflegeleistungen.

In den Bereichen Pflege, Bildung und Kinderbetreuung wünschen sich viele ÖsterreicherInnen also mehr sozialstaatliche Leistungen. Gerade im ländlichen Raum sind Kindergärten, deren Öffnungszeiten eine Vollzeitberufstätigkeit ermöglichen, Mangelware. Demgegenüber ist ein großer Teil der Bevölkerung (61,5%) mit der derzeitigen Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung zufrieden. Das ist durchaus bemerkenswert, da die Nettoersatzrate bei Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich in Österreich mit rund 55 Prozent (für das Jahr 2019) eher niedrig liegt. Darüber hinaus haben Langzeitarbeitslose in Österreich ein erhöhtes Armutsgefährdungsrisiko. Eine Erklärung könnte darin zu finden sein, dass unter den Befragten fast niemand arbeitslos war sowie 9 von 10 Personen ihren Job ohnehin als sicher erachten und damit nicht das Gefühl haben, auf diese Leistung einmal angewiesen zu sein.

Spannend ist allerdings nicht nur die Frage, welche Bereiche mehr gefördert werden sollen und welche nicht, sondern auch wie ein etwaiger Ausbau von Kinderbetreuung, Pflege oder Bildung finanziert werden kann. Auch dazu liefert die Befragung einige interessante Details: Insbesondere die höhere Besteuerung von Unternehmen, großen Vermögen und Immobilien findet bei den Befragten großen Anklang. Dazu trägt ein Faktor wesentlich bei: Die Menschen sehen die immer größer werdende Ungleichheit auch als gesellschaftliches Problem an. Über 85 Prozent der Befragten finden, dass die Ungleichheiten mittlerweile zu groß sind und der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung schaden. Kein Wunder also, dass sie einen höheren Finanzierungsbeitrag von Unternehmen und Vermögenden einfordern. Demgegenüber werden Steuererhöhungen für die breite Bevölkerung von fast niemandem gewollt, ebenso wenig können sich die Befragten aber auch mit Kürzungen von öffentlichen Leistungen anfreunden. 72,5% der Bevölkerung lehnen diese ab.

Hauptsächlich zeigen sich die Meinungsunterschiede, was die Finanzierung von sozialstaatlichen Leistungen betrifft, in politischen Orientierungen. Politisch links gerichtete Personen sind überwiegend für eine Reichen- und Unternehmenssteuer (über 70%) und gegen Kürzungen der öffentlichen Leistungen (unter 25%). Politisch rechts gerichtete Befragte präferieren zwar Kürzungen der öffentlichen Leistungen (knapp unter 70%), sind aber mit knapper Mehrheit auch für Reichensteuern

Die Befragung gibt zusammenfassend wichtige Einblicke in die Vorstellungen der Österreicher und Österreicherinnen, wie der Sozialstaat ausgestaltet sein soll. Eine zentrale Erkenntnis ist etwa, dass der Sozialstaat generell sehr wertgeschätzt wird und den meisten Befragten klar ist, dass er die Ungleichheit im Land verringern kann. Viele wünschen sich sogar einen Ausbau in Richtung eines Sozialstaats sozialdemokratischer Prägung. In diesem bietet der Staat universelle Leistungen an. Durch höhere Steuern bekommen alle großzügige staatliche Leistungen und müssen nicht privat für Kinderbetreuung oder Gesundheit zahlen. Dementsprechend fehlt es vielen auch an sozialstaatlichen Leistungen in bestimmten Bereichen, allen voran im Bildungs-, Pflege- und Kinderbetreuungsbereich.

Wenn es darum geht, wie umfassende Sozialleistungen bezahlt werden sollen, finden vor allem höhere Steuern für Reiche und Unternehmen breitere Zustimmung. Sie sollten nach Ansicht der Befragten ihren Finanzierungsbeitrag erhöhen, wohingegen eine Erhöhung des Beitrags zur Finanzierung des Sozialstaats über Massensteuern klar abgelehnt wird. Auch die Kürzung von sozialstaatlichen Leistungen ist für die Mehrheit der Befragten keine gute Option.

Zu den AutorInnen:

Romana Brait, Ökonomin an der Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, romana.brait@akwien.at

Julia Hofmann, Soziologin an der Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, julia.hofmann@akwien.at

Thomas Mayer, Soziologe an der Arbeiterkammer Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien, thomas.mayer@akwien.at